

c/o Stadtteilbüro Dulsberg
Probsteier Str. 15
22049 Hamburg
Tel: 040/6528016
stb@dulsberg.de

Hamburg, den 09.06.2020

**Pressemitteilung des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte
zum Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNEN**

Der von den Verhandlungspartnern SPD und GRÜNE am 2. Juni vorgestellte Koalitionsvertrag enthält auf 205 Seiten im Text genau einmal das Wort „Bürgerbeteiligung“. Im entsprechenden Kapitel „Für ein modernes Verständnis von Bürgerbeteiligung an den Entscheidungen der Exekutive“ (S. 147f.) geht es lediglich um das bereits geschaffene Transparenzgesetz und die geplante Abschaffung der Deputationen. Haben sich die Koalitionäre von der Idee verabschiedet, im gesellschaftlichen Alltag dem Wort der Bürger*innen stärkeres Gewicht zukommen zu lassen?

Dies ist und bleibt zentrales Anliegen der Beiräte vor Ort und ist Grundgedanke gewesen bei der Gründung des Netzwerkes Hamburger Stadtteilbeiräte vor fast 11 Jahren.

Das Wort „Stadtteilbeiräte“ findet zweimal im Text Erwähnung, in folgender Form:

„Wir wollen Hamburg auch künftig gemeinsam gestalten – mit Stadtwerkstätten, Bürger*innendialogen, Stadtteilbeiräten und diversen formellen oder informellen Beteiligungsformaten“ (S.24) und

„Wir (...) schätzen die Arbeit der Stadtteilbeiräte, die ihre Interessen in den Diskurs der Stadt einbringen, und wir wollen selbst noch mehr und vielfältigere Beteiligungsangebote entwickeln“ (S. 29).

Mehr als eine sprachliche Pflichtübung gegenüber den über 1.000 Aktiven in Hamburgs rund 60 Quartiers- und Stadtteilbeiräten ist das nicht.

Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte, in dem etwa die Hälfte aller Beiratsgremien vertreten ist, sieht sich in seinen Bemühungen, die Bürgerbeteiligung vor Ort zu stärken oder auch nur zu sichern, auf das Größte missachtet.

Zwei grundlegende Resolutionen von 2012 und vor allem 2013 „zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte“ waren in den vergangenen Jahren Richtschnur für das politische Handeln des Netzwerkes.

(https://unser-lurup.de/wp-content/uploads/2013/10/Nur-mit-uns_Broschuereklein-4.pdf).

Im Mittelpunkt des Forderungspakets standen dabei die Schaffung eines festen Beiräteetats im Hamburger Haushalt, die Entkoppelung von Beiratsförderung und Fördergebiet, die gesetzliche Absicherung von Informations- und Beteiligungsrechten, die frühestmögliche Einbindung in

Planungsverfahren (analog zu Trägern öffentlicher Belange) und nicht zuletzt die Unterstützung von Beiräten in Quartieren, in denen dies gewünscht und aktiv betrieben wird. In mehreren Gesprächen mit Vertretern der SPD und der GRÜNEN (den Herren Dressel, Kienscherf, Duge) sowie zweimaligen Zusammentreffen mit der Stadtentwicklungssenatorin Frau Dr. Stapelfeldt und ihrem Staatsrat Herrn Kock wurde uns verbal viel Wertschätzung entgegengebracht und unsere Anliegen für durchaus bedenkenswert erachtet.

Bezugnehmend auf die Drucksache 21/4692 der LINKEN vom 1.6.2016 (Quartiers- und Stadtteilbeiräte langfristig sichern und stärken) haben hierzu SPD und GRÜNE ein Ersuchen an Bürgerschaft und Senat gestellt, einige der Kernforderungen umzusetzen. (Drs. 21/4855) Dass der jetzt geschlossene Koalitionsvertrag sich einem Aufgreifen der Forderungen gänzlich verweigert und der Stärkung der Bürgerbeteiligung, insbesondere der Beiräte als Säulen der Stadtteildemokratie keinerlei Verbesserung und Perspektive anbietet, ist mehr als enttäuschend.

Dabei haben unsere Forderungen sowohl im Bezirk Hamburg-Nord im Koalitionsvertrag (2019-2024) zwischen GRÜNEN und SPD

*„Diese Arbeit (die der Stadtteilbeiräte) wollen GRÜNE und SPD weiter stärken und eine ausreichende Finanzierung sicherstellen. Die Koalitionspartner*innen unterstützen die Bemühungen der Stadtteilräte, bei Planungsprozessen als Träger öffentlicher Belange beteiligt zu werden, wenn sie regional betroffen sind.“ (S.30)*

als auch im Bezirk Altona in der Drucksache 20-4443.1 vom 22.02.2018 Resonanz gefunden:

„Die Stadtteilbeiräte in den Gebieten Lurup, Osdorf, Sternschanze und Altona-Altstadt werden regelmäßig in den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und regionale Stadtteilentwicklung (WAS) eingeladen, ihre Vertreter erhalten Rederecht zu dem ihren Stadtteil betreffenden TOP. Empfehlungen aus den Bürgerbeiräten werden auf die Tagesordnung des WAS gesetzt.“

Vor diesem Hintergrund fordern wir die neue-alte Senatskoalition aus SPD und GRÜNEN auf, die Forderungen des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte endlich ernst zu nehmen und in den praktischen Ausformungen der Politik in den nächsten fünf Jahren umzusetzen und mit uns gemeinsam die nächsten Schritte in dieser Umsetzung zu besprechen.

Im Namen des Netzwerks
Rixa-Gohde Ahrens, Jürgen Fiedler

..... und ergänzend eine persönliche Kommentierung der PM durch Willfried Maier:

„Ich unterstütze die Pressemitteilung des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte ausdrücklich. Der Koalitionsvertrag atmet auch nicht einen Hauch von den Versprechungen, die Vertreter der Bürgerschaftsfraktionen auf der Veranstaltung der Patriotischen Gesellschaft am 10.2. Februar zum Thema einhellig gegeben haben: Viele Versprechungen, was die Koalitionspartner für die Hamburgerinnen und Hamburger tun wollen. So gut wie kein Gedanke dazu, wie sie selbst in ihren lokalen Einheiten zu Wort kommen sollen.“